

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Nürnberg.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag hat in ungewöhnlich hohem Maße das Interesse weitester Kreise des deutschen Volkes erregt. Infolge der Vorgänge aus letzter Zeit in Verbindung mit den lebhaft und erbittert ausgefochtenen Presskämpfen war der Konfliktstoff dermaßen angehäuft, daß vielfach eine arge Parteischädigung, wenn nicht gar schlimmeres befürchtet wurde.

Die Nürnberger Tagung vom 14. bis 19. September d. J. hat diesen Befürchtungen nur zum ganz geringen Teil entsprochen. Trotz der Schärfe in den Debatten waren die einzelnen Wöhen so geringfügiger Art, daß es den politischen Gegnern überaus schwer werden dürfte, für sich daraus Kapital zu schlagen. Es sei denn — sie wendeten die Methode des Reichsverbandes an.

Allerdings wäre es auch noch schöner, wenn die Millionenpartei, die einmal die bürgerliche Welt erobern will, nicht in der Lage sein sollte, grundsätzliche Fragen aufs eingehendste zu besprechen, ohne daß darunter die Einheit und Geschlossenheit leidet.

Sollen wir ein zusammenschließendes Urteil hier wiedergeben, so läßt es sich wohl dahin präzisieren: Nürnberg hat die Erwartungen unserer Gegner enttäuscht. Die vierzigjährige Waffengemeinschaft der zu allen Zeiten verschiedenartig zusammengesetzten deutschen Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die im Interesse des deutschen Proletariats nicht leichtfertig aufgegeben werden kann. Der Nürnberger Parteitag hat mit großer Gewissenhaftigkeit und mit dem vollen Gefühl seiner hohen Verantwortlichkeit die vorliegenden grundsätzlichen Fragen geprüft. Ein Teil der Parteipresse hat in den letzten Wochen diese Verantwortlichkeit allerdings etwas vermissen lassen. Wesentlich wird die erzieherische Wirksamkeit der Nürnberger Verhandlungen andauernd nachwirken und der von uns mehrfach geforderten Toleranz (Tuldramkeit) etwas Beachtung schenken. Nicht, daß wir einer Verwässerung unserer Prinzipien das Wort reden möchten. Im Gegenteil, eine scharfe Formulierung unserer Anschauungen wird uns eher die Mitration erleichtern denn erschweren. Aber wir sollen uns frei von gegenseitigem Mißtrauen machen. Jeder soll nach bestem Willen und Gewissen rücksichtslos aussprechen, was er zum Wohle der Partei für erforderlich hält. Und wir sollen nicht alsbald in einem jeweiligen Andersdenkenden einen Parteiverräter erblicken oder ihn mit Schläanworten bekämpfen, die gerade in gutem oder schlechtem Mute stehen. Diese eigentlich selbsterhellenden Betrachtungen wieder einmal aufzutreiben, erscheint angesichts der Nürnberger Vorgänge und ihrer Veranlassung wohl angebracht.

Wenn wir die Verhandlungen selbst hier nur kurz streifen, so ist vorausgesetzt, daß die Kollegen in der Arbeiterpresse sich

bereits eingehend informiert haben, wozu wohl fast an jedem Orte ausgiebig Gelegenheit geboten wurde.

Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattete Parteisekretär Müller-Berlin. Neben dem bereits vorliegenden gedruckten Bericht führte er recht interessantes statistisches Material über Beitragshöhe, Mitgliederzahlen u. dergl. aus den einzelnen Wahlkreisen an. Die Auslegung des neuen Reichsvereinsgesetzes ist alles andere denn loyal seitens der verschiedenen Behörden. Es soll daher diesbezügliches Material für die Reichstagsfraktion gesammelt werden.

Die Organisierung der Land- und Waldarbeiter hat auch den Parteivorstand verschiedentlich beschäftigt. Nach dem Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses soll eine selbständige Organisation geschaffen werden. Auch der bisher für Landarbeiter zuständige Fabrikarbeiterverband hat dem zugestimmt. Der Parteivorstand hält gleichfalls einen besonderen Verband für erforderlich und erhofft durch den neu zu gründenden Verband eine gleichzeitige Förderung der politischen Organisation auf dem Lande.

Die Parteischule ist zwar kritisiert worden, aber es ist gar nicht daran zu denken, sie etwa eingeben zu lassen. Ebenso hat sich das vielumstrittene Pressebureau in der kurzen Zeit seines Bestehens als notwendig herausgestellt.

Die Frauorganisationen werden entsprechend dem neuen Vereinsgesetz aufgehoben. Bildungsvereine der Frauen sollen nur an einzelnen Orten bestehen bleiben, wo seit langem ein solcher Verein segensreich wirkt. Sont haben sich die Frauen in den Wahlvereinen zu organisieren, soweit sie politisch interessiert sind.

Ueber die Jugendorganisationen verbreitete sich Müller eingehend und trat für das Abkommen mit der Generalkommission ein. Die Frage wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Die Stellung des Parteivorstandes bezüglich der Einigungsverhandlungen mit den Loklisten haben wir bereits im Vorbericht (Nr. 37 der „Gew.“) behandelt. Parteisekretär Ebert Berlin legte namens des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Resolution vor, die jede Mitarbeit von Parteigenossen in der „Freien Vereinigung“, Allg. Metallarbeiterverband usw. für unvereinbar erklärt mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Alsdann berichtete Heinrich Schulz über den Bildungsansatz, wobei er die Aufgaben und Grundaufstellungen über Arbeiterbildung ausführlich darlegte. Einem Artikel Maurenbrechers in der „Frankf. Tagespost“ ging er dabei kritisch zuleibe. Wie uns dünkt, mit vollem Recht. Auch Eisner gelang es in der ausgiebigen Diskussion hierüber nicht, die Auffassungen Maurenbrechers herauszubauen. Es wurde ein Antrag Bremen angenommen, der mit Befriedigung von der Tätigkeit der

Parteischule Kenntnis nimmt und den Vorstand ersucht, sie in der bisherigen Richtung weiter auszubauen.

Der parlamentarische Bericht wurde von Eichhorn erstattet. Da die Budgetbewilligung als Extrapunkt verhandelt wurde, so waren Referat wie Diskussion verhältnismäßig kurz.

Für den Dienstagnachmittag wurde die Maiseierfrage eingeschaltet und die Budgetbewilligung auf Mittwoch zurückgestellt. Es kam so, wie wir erwarteten. Der ständige Maiseierreferent Fischer verteidigte mit Temperament und großem Geschick die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission.

Waren bisher sozusagen nur Plänkereien gewesen, die allenfalls in der Frage der Parteischule größere Meinungsverschiedenheiten in sich bargen, so gestaltete sich die Maiseierdebatte zu einem Redekampf, der einige böse Entgleisungen zur Folge hatte. Der Genosse Piek-Bremen mußte erst durch den Vorsitzenden zur Besinnung gebracht werden. Angesichts solcher Vorgänge ist die Frage wohl berechtigt, wie solche Genossen andere erziehen wollen, wo ihnen selbst noch gewisse elementare Vorbedingungen dazu fehlen. Rosa Luxemburg erklärte u. a., daß ihre Gedanken bezüglich der dualistischen Weise, in der Parteivorstand und Generalkommission verkehren und ihre Vereinbarungen treffen, in der Frage der Maiseier und Jugendorganisation durchaus bestätigt worden sind. Die Unterstützungsfraße habe sich schon sehr bald als eine schlimme Schlinge erwiesen, in der die Maiseier erdroffelt werden könne. Die bisherige Praxis habe gezeigt, daß es nur einen einzigen Weg gibt, um den Opfern der Maiseier vorzubeugen. Das sei nicht die Unterstützung, sondern die möglichste Ausdehnung der Maiseier. Zum Beweise dieser eigentlich recht trivialen Weisheit berief sie sich auf — Rußisch Polen! Auch sonst wurde in dieser Debatte manche der Maiseier wenig dienliche Ausführung gemacht.

Mein Zweifel, wenn alle feiern, kann niemand mehr ausgeperrt werden! Oder — wie Robert Schmidt sagte — wenn der Himmel einfällt, sind alle Spanen tot! Am Schlusswort hielt H. Fischer mit den einzelnen Diskussionsrednern noch einmal graunam Abrechnung. Der Redner würdigte u. a. in eingehender Weise die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften und wies nach, daß die Unterstützungsfraße auf lokaler Basis durchaus keine Abschwächung oder gar Aufhebung der Maiseier bedeutet. Es erübrigt sich, unseren Stadtpunkt erneut darzulegen, er deckt sich durchaus mit dem des Referenten. Der diesbezüglichen Resolution, die bekanntlich vom Gewerkschaftscongreß angenommen ist, wurde nicht in allen Teilen zugestimmt. Es sollen noch einmal Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission stattfinden über den Unterstützungsmodus bezw. die Anbringung der Mittel. Ob dabei etwas Besseres herauskommt, wie vorgeschlagen, bleibt abzuwarten.

Nun noch ein paar Streiflichter auf die zweieinhalbtägige Budgetbewilligungsdebatte. Das kurze, von der sehndem Geist getragene Referat Debels gab eine gute Grundlage zur Verständigung. Auch die von Parteivorstand und Kontrollkommission vorgelegte Resolution vermied Tadel und Schärfe. Je einem Redner aus Bayern, Baden und Württemberg wurde unbeschränkte Redezeit gewährt. In dreifündiger Rede suchte Gen. Timm namens der Bayern den Nachweis zu führen, daß die Budgetbewilligung Bayerns unter die Ausnahmebestimmung der Lübecker Resolution falle. Für Baden sprach Dr. Frank und namens der Württembergier Hildenbrand. Alle drei Reden wurden mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt und sind in ihrer Art nicht nur fleißige, man kann wohl sagen meisterliche Arbeit. Die beiden nachfolgenden Redner, Simon für die bayerische, Eichhorn für die badische Minorität der Abgeordneten, hatten je 30 Minuten Redezeit. Damit war der Mittwoch vollendet. Am Donnerstag sehte die übliche Zehn-

minutendebatte ein. Es war beschlossen, je einen Redner für die Bewilligung und einen dagegen sprechen zu lassen, doch redeten natürlich nicht selten die Genossen aneinander vorbei. Ein Antrag Frohme-Hamburg, der wohl als geeignete Basis zur Vermittelung hätte dienen können, gelangte mit zur Debatte.

Während auch am Donnerstagvormittag streng sachlich gekämpft wurde, gelangte eine erhebliche Trübung in die Debatte durch angebliche Treppengespräche usw., die Segib als Sensation zum besten gab. Sie erwiesen sich zwar bei der weiteren Debatte als haltlos, der Verständigung war damit jedoch die Aussicht genommen. Aber erst am Freitagvormittag wurde man mit Rücksicht auf die Geschäftslage debattiermüde, und Ebert-Berlin trat in einem sachlich gehaltenen Schlusswort für die Vorstandsresolution ein, wobei er sogar durchblicken ließ, daß sich über die richtig interpretierte Frohme-Resolution hätte reden lassen. Dann erfolgten die Abstimmungen. Die Vermittlungsresolution Frohme wurde mit 217 gegen 160 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Süddeutschen sowie die meisten Gewerkschaftsführer. Alsdann gelangte die Vorstandsresolution mit 258 gegen 119 Stimmen zur Annahme. Darauf gab Segib namens 66 Delegierten eine Erklärung ab, wonach die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung der Landespolitik den einzelnen Fraktionen vorbehalten bleiben müsse. Soffentlich führt diese Meinungsäußerung nicht erneut zu weiteren Konflikten.

Wir möchten aus der Debatte noch kurz erwähnen, daß Pfannkuch u. a. auch die Ruhegeldbestimmungen, Differenz zwischen Lohn und Krankengeld sowie das Recht der Organisationszugehörigkeit der städtischen Arbeiter Berlins erwähnte. Ob diese „Erfolge“ Süddeutschland gegenüber auszuspielen wären, erscheint uns ein wenig fraglich, denn wir haben in Süddeutschland vielfach weit darüber hinausgehende Bestimmungen.

Ueber „die Sozialpolitik und der neue Kurs“ referierte am Freitagnachmittag Wolkenuhr. Wir behalten uns vor, auf diese Ausführungen gelegentlich zurückzukommen. Die Reichsfinanzreform wurde von Geyer eingehend besprochen.

In Sachen der Jugendorganisation wurden die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze einstimmig angenommen, die sich im ganzen an die gefassten Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission anlehnen. Eine ganze Reihe kleinerer Anträge und Resolutionen wurden alsdann noch angenommen. Insbesondere wurde auf Antrag Cuarc beschlossen, vor Beginn der parlamentarischen Arbeit eine allgemeine und umfassende Agitation zur Erreichung des gesetzlichen Neunstundentages zu entfalten. Das Gehalt der drei ältesten Parteisekretäre im Vorstand wurde um 300 Mk., also auf 4500 Mk. erhöht, der jüngste Sekretär erhält 4200 Mk. Eine Resolution zugunsten der Polen sowie eine Friedensresolution gelangen einstimmig und debattelos zur Annahme.

Die Wahlen ergaben: Rebel und Singer, Vorsitzende; Gerisch, Maiseier; Ebert, Wolkenuhr, Müller, Pfannkuch, Sekretäre; Frau Zieb, Peißerin. Zu Kontrollleuten wurden gewählt: Staden, Zetkin, Pod, Moehnen, Braun, Ged, Ernst, Brühne und Timm. Der Bildungsausschuß besteht die bisherige Zusammensetzung: Seimann, David, Moru, Mehring, v. Rollmar, Zetkin, S. Schulz.

In einem markigen, die Verhandlungen noch einmal kurz streifenden Schlusswort betonte Singer die dringende Bitte, bei Debatten in Presse und Versammlungen den Ton der Brüderlichkeit nicht zu verlieren. Der Kampf ist vorüber, jetzt gilt es Einigkeit und Geschlossenheit wider unsere Gegner. Vorwärts, an die Arbeit!

Ein machtvoller Protest der städt. Arbeiter Berlins.

Gegen 3000 Kollegen füllten am Donnerstag, den 17. September, Saal und Galerien bei Freyer, Koppenstraße. Nicht man in Betracht, daß ein großer Teil der Kollegen durch Nacht- resp. Schichtarbeit verhindert war, daß ferner die Kollegen von der F. C. G. M. (Engl. Gasanstalt) und den Vororten bei den stattgehabten Vorgängen ausscheiden, so können wir wohl mit Fug und Recht von einer imposanten Demonstration unserer Berliner Kollegen sprechen. Wären die Herren vom Magistrat mit Mischner an der Spitze erschienen, vielleicht daß ihnen die „formellen Bedenken“ doch entschwunden wären, die sie mit samt der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit hatten, als der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betr. unserer Forderungen zur Beratung stand! Wir haben in der letzten Nummer der „Gewerkschaft“ bereits die schmähliche Stellungnahme der Berliner Stadtverordnetenversammlung charakterisiert. In der Versammlung geschah dies von seiten des Referenten Gen. Dr. Wehl, der in scharfer aber durchaus treffender Weise die Stadt Berlin als Arbeitgeberin kennzeichnete. Mit Recht nannte er die Forderungen der Arbeiter überaus bescheiden, und es sei nur zu verwundern, daß die Langmut und Geduld der städtischen Arbeiter Berlins noch immer vorhalte, trotzdem seit Jahren nur wenige Pfennige für einzelne Kategorien bewilligt sind. Man hätte eigentlich erwarten dürfen, daß die Verwaltung von Berlin selbst mit einer Vorlage gekommen wäre, um die Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen, nachdem die Stadt in einer Eingabe an den Reichstag gegen die Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern ihre Bedenken geltend gemacht hatte. Die herrschende Teuerung ist von den Stadtbehörden anerkannt worden, aber eine Erhöhung der Einnahmen der Gemeindegeldarbeiter wird beharrlich verweigert. Ein Minimallohn von 4 Mk. pro Tag ist doch wahrlich in unseren teuren Zeitläuften überaus bescheiden, und was die Neugestaltung der Lohnskalen mit alljährlichen fünfmaligen Steigerungen anbetrifft, so müsse auch hier die Verwaltung selber ein Interesse daran haben, um dem heutigen Wirrwarr in dieser Beziehung ein Ende zu machen.

Und ist es nicht ein überaus beschämender Zustand, wenn städtische Arbeiter Berlins an die Armenverwaltung herantreten müssen, um in Notfällen in der Familie usw. ihren Verpflichtungen gerecht werden zu können?

Wir behalten uns die gelegentliche nähere Illustration dieser vorgeführten Tatsache vor, möchten aber schon jetzt ausdrücklich betonen, daß solche Fälle durchaus nicht vereinzelt sind!

Man tut sich etwas zugute auf einzelne sozialpolitische Einrichtungen und verweist u. a. auf die Arbeiterausschüsse. Aber die städtischen Arbeiter Berlins würden — vor die Wahl gestellt — wohl lieber die vorliegenden Forderungen eintauschen und auf die Arbeiterausschüsse verzichten.

In der Tat! Die jetzigen Berliner Arbeiterausschüsse sind ein Messer ohne Heft und Klinge. Das sprechen wir hier in aller Ruhe aus und das spöttische Lachen der Versammelten über die Arbeiterausschüsse bewies, daß tausende von Arbeitern die gleiche Meinung darüber haben. Will man eine Vertretung der Arbeiter, so verhandle man mit der Organisation und gestalte die Arbeiterausschüsse nach den seit Jahren von uns verlangten Satzungen.

Wenn man sich den Leidensweg durch die zahlreichen Anstehen vor Augen hält, den die städtischen Arbeiter bei ihren Forderungen gehen, so kann man wohl von einer wahren Kammergebild sprechen. Aber die Geduld der städtischen Arbeiter kann auch einmal ein Ende nehmen! So sehr eine Arbeitseinstellung der Gemeindegeldarbeiter von Berlin zu bedauern wäre, so müßte doch die Wirkung eine außerordentliche sein, wenn eine solche Gefahr allen Ernstes droht. Die Drohung allein wäre schon mächtig. Dazu gehört freilich zuerst, daß die Arbeiter sich in einer starken Organisation zusammenschließen, und zwar im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Nach der jetzigen Lage der Dinge müßten die städtischen Arbeiter sich sagen, daß ein Kriegszustand zwischen ihnen und der Stadt besteht, und da ist es ihre Pflicht, fest zusammenzutreten und unablässig für ihre Organisation zu agitieren.

Die Ausführungen Dr. Wehls wurden oft von Weisfall unterbrochen und stürmische Zustimmung erfolgte bei Wendigung des Referats. Auch die Diskussion gestaltete sich außerordentlich wirkungsvoll.

Kollege Scharlau schilderte die Lohnsteigerungsmethode in den Revierinspektionen. Da kann es vorkommen, daß selbst nach einem Vierteljahrhundert nicht die höchste Stala erreicht wird, weil man durch „Erneuerung“ in eine andere Abteilung kommt, und so gewissermaßen von vorn anfangen muß.

Kollege Schabel brachte mehrere Fälle aus der Kanalisation zur Sprache, wo die generellen Magistratsbeschlüssen bezüglich Urlaub, Vordurchbringungsentschädigung usw. durch einzelne Inspektoren auf den Pumpstationen einfach über den Haufen gemorfen werden.

Sehr eindrucksvoll waren auch die Ausführungen des Kollegen Müller von der Parteiverwaltung. Zur Juppelin 30.000, für die Arbeiter keine 30 Pf. Aber der Standesdünkel einzelner

Kollegen (Gärtner) und der Indifferentismus vieler, die sagen, „es kommt alles von selbst“, ermöglichen es, daß die Stadtverwaltung so wenig Entgegenkommen zeigt.

Kollege Schulz wies auf die Geringfügigkeit der Pensionssummen städtischer Arbeiter hin und kennzeichnete unter lebhaftem Weisfall der Versammlung die Herren Goldschmidt usw., die sich in den Ortsvereinen der Straßenreiner als Arbeiterfreunde aufspielen, bei wichtigen Anlässen aber nicht im Stadtparlament anwesend sind, wahrscheinlich, damit ihre Arbeiterfreundlichkeit nicht zu sehr in die Augen springt! Fort mit den Kirch-Dunderschen Harmonieaposteln! muß unsere Losung heißen.

Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Mohs, geißelte gleichfalls das rückständige Verhalten Berlins. Aber wenn man bedenkt, daß die Berliner Kollegen noch durch kleine Vereine zersplittert sind, daß zahlreiche Unorganisierte in den Gasanstalten und in anderen Betrieben zu finden sind, so darf es uns nicht Wunder nehmen, daß wir so wenig Entgegenkommen finden. Um unserer schönen Augen willen sind uns auch an anderen Orten keine Erfolge gekommen, sondern weil die Kollegen zu 75 bis 90 Proz. organisiert sind! Also: Noch mehr herangezogen und organisiert, damit wir eines Tages die Antwort geben können, die notwendig ist. Die Kollegen im Lande schauen auf Berlin. Sie betrachten es zum Teil als einen Versuch.

Nach einem kurzen aber markigen Schlußwort des Referenten wurde die nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im großen Saale von Freyer, Koppenstraße 29, am 17. September tagende von 3000 Personen besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter Berlins nimmt empört Kenntnis von der verständnis- und rücksichtslosen Behandlung, welche den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung am 10. September zuteil wurde.“

Die Versammelten erklären demgegenüber:

1. daß die in den städtischen Betrieben gezahlten Löhne (u. a. 3,50 und 3,75 Mk. pro Tag) bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen in keiner Weise zum Unterhalt der Familie genügen und unbedingt der Aufbesserung bedürfen;
2. daß die unhaltbare Verworfenheit und Zerissenheit der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Betrieben nur durch eine allgemeine Arbeitsordnung, zu deren Schaffung die sozialdemokratischen Anträge einen ersten Schritt bedeuteten, beseitigt werden kann.

Aus diesen Gründen nehmen die städtischen Arbeiter die von den Stadtverordneten in brüster Weise abgelehnten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion von neuem auf. Die Versammelten beauftragen die Ortsverwaltung des Gemeindegeldarbeiter-Verbandes und die Arbeiterausschüsse, diese Forderungen unverzüglich dem Magistrat bezw. den Betriebsverwaltungen zu übermitteln und erwarten von ihren Vertretern energische Wahrnehmung ihrer Interessen, von den genannten Behörden aber eingehende Würdigung und Anerkennung ihrer berechtigten und wohlbegründeten Anträge.

Die geradezu schmähliche Art der Erledigung ihrer Angelegenheiten in der Stadtverordnetenversammlung ist den Versammelten ein neuer Beweis für die Notwendigkeit der Selbsthilfe. Sie erneuern daher ihr schon wiederholt abgegebenes Verlangen der Zugehörigkeit zur modernen Arbeiterbewegung und fordern alle Arbeitskollegen kategorisch zum Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf, um gegebenenfalls die Verbesserung ihrer Lebenslage mit den gewerkschaftlichen Nachmitteln erstämpfen zu können.“

Neues aus Dresden.

Die städtischen Arbeiter Dresdens befinden sich sozusagen in einer dauernden Lohnbewegung. Das ist freilich nicht ihre Schuld, sondern darauf zurückzuführen, daß die Stadtverwaltung keinerlei Entgegenkommen und Verständnis den Arbeiterforderungen gegenüber an den Tag legt. Unsere Kollegen innerhalb wie außerhalb der „grün weißen Grenzpfähle“ dürfte es vielleicht interessieren, wenn wir die ganze Bewegung in ihren Phasen kurz schildern.

Im September des Jahres 1906 beauftragte eine große, stark besuchte Versammlung aller städtischen Arbeiter die Verbandsleitung, dem Rat und dem Stadtverordnetenkollegium die Forderungen der städtischen Arbeiter nach einem Mindesttagelohn von 1,20 Mk. und neunstündiger Arbeitszeit zu unterbreiten. Im Januar 1907, bei der Beratung des Haushaltes, kam diese Eingabe der Verbandsleitung mit zur Sprache. Der Oberbürgermeister jedoch erklärte, daß er diese Eingabe nicht als die Willensmeinung der Arbeiter ansehen könne, sie sei nur das Produkt ein-

gelter Personen. Die Arbeiter selbst sollten sich mit ihren Wünschen an den Rat wenden, wohlwollende Berücksichtigung würde ihnen zuteil werden. Daraufhin reichten im Sommer 1907 die Arbeiter aller städtischen Betriebe Petitionen ein, bedeckt mit Hunderten von Unterschriften. Alle Petitionen waren einheitlich gehalten und der Grundzug aller Anträge war eben, wie in der Eingabe des Verbandes auch, 4,20 Mk. Tagelohn, neunstündige Arbeitszeit. Nebenbei waren die Bedürfnisse der einzelnen Betriebe besonders berücksichtigt. Durch diese Petitionen dokumentierten die Arbeiter, daß sie in ihrer Gesamtheit hinter der Eingabe des Verbandes standen.

Jedoch wie gewohnt, eine hochweise Dresdener Stadtverwaltung hatte es gar nicht so eilig, den Anträgen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Einzelne Betriebsleitungen erklärten, solange kein Arbeiterausschuß vorhanden ist, kann den Anträgen nicht näher getreten werden. Sie wurden aber, sobald die Ausschüsse neu gewählt wären, sofort mit diesen an die Erledigung der Petitionen setzten. Anderer wieder hielten es gar nicht für notwendig, überhaupt eine Antwort zu erteilen. Und so verging unter fernwährendem Hin und Her das Jahr 1907, ohne daß die Petitionen erledigt worden wären. Diese hängen noch immer in der Schwebel, obgleich verschiedentlich Vorschläge erfolgten. Man hat hier und da einen Pfennig zugelegt, doch alles sind nur kleine Verabfolgungsmittel, Schonbretzelpflasterchen, um die Arbeiter abzulenken von ihren Grundforderungen. Um aber doch auch ein Hebräisches zu tun, legte sich der Amtschimmel in Treut, und eine Unterbindung der Löhne der städtischen Arbeiter erklärte das Licht der Welt. Diese städtische Arbeit erbrachte den Beweis, daß der Rat mit den Löhnen der städtischen Arbeiter durchaus keinen Staat machen kann. Die satyam bekannte Feuerungszulage war die nächste Folge. Die Vorgänge hierbei dürften wohl noch in aller Erinnerung sein. Wir verzichten hier auf ihre Wiedergabe.

Wittelsweise hatten im Januar 1908 die Neuwahlen der Arbeiterausschüsse stattgefunden und eine befriedigende Zusammenfassung derselben gebracht. Die ihnen mangelnden Machtbefugnisse ersetzten die neuen Arbeitervertreter durch eine anerkennenswerte Arbeitsfreudigkeit und lebhaften Tatendrang. Die erste Aufgabe, die sich die Arbeitervertreter stellten, konnte selbstverständlich mit der Erledigung der vorjährigen Petitionen sein. Und gleich in den ersten Monaten dieses Jahres fanden Verhandlungen mit den Betriebsleitungen in dieser Richtung statt. Sie zeigten leider kein positives Ergebnis. Während sich im vorigen Jahre die Betriebsvorstände auf den fehlenden Arbeiterausschuß verließen, verstanden sie sich jetzt hinter den Haushaltsplan. Andere als die dort bewilligten Mittel händen ihnen nicht zur Verfügung, und als Betriebsleitung allein seien sie nicht in der Lage, den Anträgen zu entsprechen. Das sei Sache des Rates, an diesen müßten sich eventuell die Arbeiter wenden.

Daß aber die Arbeiter ihre Anträge im vorigen Jahre so zeitig gestellt hatten, um den Haushaltsplan entsprechend aufstellen zu können, das schien den Herren unbekannt zu sein.

Da die Betriebsvorstände erklärten, nichts tun zu können, so beschloßen die Arbeiter, daß sich die Ausschüsse in ihrer Gesamtheit an den Rat direkt wenden sollten. Nach den Bestimmungen der Allgemeinen Arbeiterordnung steht den Arbeiterausschüssen dieses Recht zu.

Mitte Mai dieses Jahres beantragten demzufolge die Vorsitzenden der bestehenden 12 Arbeiterausschußgruppen beim Rate die Abhaltung einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Rate. Zur Verhandlung sollten kommen die Anträge der Arbeiter auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und Gewährung eines Tagelohnes von 4,20 Mk. unter Berücksichtigung der vorjährigen Petitionen. Mit Recht sagten sich die Arbeiter, wenn diesem Antrage stattgegeben wird, so treten 72 Arbeitervertreter auf den Plan, und das übt jedenfalls eine andere Wirkung aus, als wenn nur 6 Vertreter ihrem Petitionsallgewaltigen gegenüberstehen. Man konnte nun einermachen gespannt sein darauf, wie sich der Rat zu diesem Antrage stellen werde. Offenbar mag es ihm nicht leicht geworden sein, zu entscheiden, wie er sich am besten aus dieser Affäre ziehen konnte! Er ärgerte denn auch mit seiner Antwort so lange, daß sich die Arbeitervertreter im Juni genötigt sahen, um schleunigste Erledigung ihres Antrages nachzusuchen. Endlich kam die Entscheidung. Zu einer gemeinschaftlichen Sitzung, wie sie sich die Arbeitervertreter gedacht und beantragt hatten, konnte sich der Rat allerdings nicht verstehen. „Er habe keine Veranstaltung in Verhandlungen mit den Arbeitern zu verhandeln.“ Den Begriff „gemeinsame Sitzung“ legte der Rat in seiner Weise aus. Daß seine Auslegung der der Arbeiter nicht

entspricht, sei nur nebenbei bemerkt. Anstatt eine einzige Sitzung aller Arbeiterausschüsse zusammen abzuhalten, hat man nur die innerhalb eines Ressorts bestehenden Gruppen zusammengefaßt und so die bestehenden 12 Gruppen in 4 Abteilungen zerstückelt. Das Tiefbauamt umfaßt 5 Gruppen, hier kamen also immerhin 30 Arbeitervertreter zusammen. Die städtische Straßenbahn (Verstärkten- und Streckenarbeiter) umfaßt 2 Gruppen, das Betriebsamt der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte 4 Gruppen, die letzte Gruppe bilden Stadtgärtner, Parkballenarbeiter und Material. Mit Ausnahme der 4 Gruppen des Betriebsamtes fanden im Laufe des Monats Juli diese gemeinschaftlichen Sitzungen statt. Es müssen besondere Gründe gewesen sein, die den Rat veranlaßten, die Arbeiter auf diese Weise zu zerstückeln. Ob man glaube, dadurch leichter mit ihnen fertig zu werden, die Vertreter zum Wanken zu bringen, wissen wir nicht, läßt es uns aber vermuten. Nun, diese Spekulation hat sich jedoch als total falsch erwiesen. Mit seltener Einmütigkeit haben die Arbeitervertreter an den vorjährigen Petitionsforderungen festgehalten.

In allen den Sitzungen war der Rat vertreten durch den Stadtrat Dr. Dehne, ehemals Bürgermeister in Meisa. Ihm war die höchst undankbare Aufgabe zugefallen, den Arbeitervertretern plausibel zu machen, daß die Anträge der Arbeiter keine Aussicht auf Verwirklichung hätten. Er gab sich denn auch alle Mühe, die Arbeiter zum Wanken zu bringen. Graa in Graa malte er die Finanzlage der Stadt, die durch den demnächstigen Wegfall der städtischen Verzehrungsabgaben noch unangünstiger würde. Doch alle seine beweglichen Mägen ließen die Arbeiter kalt. Sie erklärten, daß die Arbeiterarbeit keine Schuld trüge an der angeblich so unangünstigen Finanzlage der Stadt, und sie deswegen darunter leiden zu lassen, zeuge von wenig sozialem Verständnis. Jetzt zeigten sich eben die Folgen der Unterlassungsünden früherer Zeiten. Denn hätte man vor Jahren schon die städtischen Arbeiter auskömmlich entlohnt, so brauchte man jetzt nicht so tief in denbeutel zu greifen. Angesichts der hohen Anforderungen, die der Lebensunterhalt gegenwärtig stellt, sei ein Rundertagelohn von 4,20 Mk. das Allernotwendigste. Daran würde die Arbeiterarbeit unter allen Umständen scheitern. Und wie schon gesagt, einmütig haben sich alle Arbeiterausschußgruppen für diese Forderungen erklärt. Diese Einmütigkeit aber dürfte dem Rate gezeigt haben, wie der Wind weht.

Nachdem nunmehr alle Arbeiterausschußgruppen ihre Anträge gestellt und begründet haben, ist die Bewegung vorläufig zu einem gewissen Abbruch gekommen. Endgültig erledigt allerdings noch nicht. Es muß sich ja bald zeigen, ob der Rat den so einmütig und unzweideutig gestellten Anträgen Rechnung trägt. Und danach werden sich die weiteren Maßnahmen zu richten haben. Daß sich die Forderungen der Arbeiter in sehr bescheidenen Grenzen halten und angesichts der tatsächlich leeren Zeiten nur allzu berechtigt sind, unterliegt wohl keinem Zweifel. Dieser Heberzeugung dürfte auch die Stadtverwaltung sein. Deswegen wird man sich der Notwendigkeit nicht verschließen können, die Anträge der Arbeiter, die bald seit zwei Jahren schon schweben, nun endlich zu erledigen.

Es ist wohl selbstverständlich, daß eine Umfassung von Arbeit geleistet werden mußte, um alle oben geschilderten Maßnahmen zu treffen. Bei dem demokratischen Prinzip unserer Organisation kann und wird nichts ohne die Zustimmung der Gesamtheit unterkommen. Zahlreiche Betriebsversammlungen, Sitzungen und Maniferenzen sowie auch öffentliche Versammlungen waren deshalb nötig. Nicht zu gedenken der vielerlei schriftlichen Arbeiten, die die Bewegung erforderte. Mander Gang und manches Schreiben aber wäre nicht nötig, wenn die Organisation als berechnete Interessenvertretung der städtischen Arbeiter anerkannt wäre. Doch scheint es, als ob wir in unserer so modernen Fremdenstadt leider noch recht weit von diesem Ziele entfernt sind. Unsere Existenz kann man aber nicht mit einem Federstich auslösen, und ob man will oder nicht, der Tatsache kann sich auch die Dresdener Stadtverwaltung nicht verschließen, daß wir nun einmal auf der Welt sind! Und unbekümmert werden wir nach wie vor für die Interessen der städtischen Arbeiter unsere Stimme erheben zu Ruh und Frommen der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Forderungen der städtischen Arbeiter Lichtenbergs.

Nachdem im Laufe des Monats August die Lichtenberger Kollegen in mehreren Betriebsversammlungen ihre dreizehnten Anträge zum Etat 1909 vorbereitet hatten, fand am Mittwoch, den 16. September die endgültige Beschlußfassung in einer gemeinsamen Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Eingangs der Versammlung referierte Genosse Stadtverordneter Spidetz

mann über „Die Pflichten der Gemeinden gegenüber ihren Arbeitern“. An der Hand eines reichen Materials wies der Referent nach, daß gerade bezüglich der sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen in keiner Weise das Wort zutrefte: „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein.“ Vielmehr sei die Privatindustrie in dieser Hinsicht den Stadtgemeinden weit voraus. Der interessante Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zum Punkt 2 unserer Forderungen sprach Kollege Polenske. Im Verlaufe wurden unsere gesamten Anträge durch die Modifikationen glatt abgelehnt. Die Verhältnisse zwingen uns jedoch, an den damaligen Forderungen festzuhalten. Ein Vergleich der zurzeit bestehenden Verhältnisse mit den aufgestellten Forderungen zeigt die außerordentliche Bescheidenheit der Lichtenberger Kollegen.

Die aufgestellten Anträge bezwecken:

1. Verkürzung der Arbeitszeit:
 - a) in allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem).
 - b) in sämtlichen anderen Betrieben auf 9 Stunden.
 2. Regelung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 6 Tagen zu 9 Stunden, bzw. 6 Schichten zu 8 Stunden.
 3. Durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnstufen mit alljährlichen Steigerungen.
 4. Für Heberimdenarbeit 50 Proz., für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit 100 Proz. Zuschlag.
- Am Dreischichtsystem der kontinuierlichen Betriebe zählt, wenn sieben Schichten in eine Woche fallen, die sechste Schicht als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag; für die Nachtschichten kommt hingegen der Zuschlag nicht in Betracht.

Gaswerk.

| Berufsgruppe | Derzeitige | | | Anträge für das | | |
|----------------------------|-------------|-----------------|------------------------|-----------------|------------|------------------------|
| | Anfangslohn | Höchstlohn | Arbeitszeit in Stunden | Anfangslohn | Höchstlohn | Arbeitszeit in Stunden |
| Betriebsarbeiter | 5,40 | ohne Steigerung | 8 | 30,- | — | — |
| Handwerker | 4,50 | 5,75 | 9 | 30,- | 1,50 | 37,50 |
| Maschinenbau. Feuerpoliere | 4,50 | 5,40 | 12 | — | — | 48,- |
| Feuer | 4,80 | 5,40 | 12 | 30,- | 1,50 | 37,50 |
| Apparatwärter | 4,80 | 5,10 | 12 | 30,- | 1,- | 35,- |
| Ammonialarbeit. | 4,80 | 5,25 | 12 | 30,- | 1,- | 35,- |
| Sofaarbeiter | 4,- | 4,25 | 9 | 25,- | 1,- | 30,- |
| Mobilmaler | 4,50 | 5,75 | 9 | 30,- | 1,50 | 37,50 |
| Mobilmaler | 4,50 | 5,25 | 9 | 30,- | 1,- | 35,- |
| Schifer | 4,- | 4,25 | 9 | 25,- | 1,- | 30,- |
| Staubholzer | 4,- | 4,25 | 9 | 25,- | 1,- | 30,- |
| Glimmlichtarbeiter | 4,- | 4,25 | 9 | 25,- | 1,- | 30,- |
| Einleuchtarbeiter | 4,- | 4,25 | 9 | 25,- | 1,- | 30,- |
| Katzenwärter | — | 18,35 | — | — | — | — |

Für Arbeiten außerhalb der Betriebsstätte, sowie besonders schmutzige und stohlarbeiten 50 Proz. Zuschlag pro Tag.

Straßenreinigung.

| | | | | | | | |
|-----------------|------|------|----|-------|-----|-------|---|
| Kofomolenführer | 4,25 | 4,50 | 10 | 27,- | 1,- | 32,- | 9 |
| Waggen | 4,25 | — | 10 | 26,50 | 1,- | 31,50 | 9 |
| Arbeiter | 4,- | — | 10 | 25,- | 1,- | 30,- | 9 |

Ziefbau.

| | | | | | | |
|------------|------|---|----|------|---------------|---|
| Steinfeger | 7,50 | — | 10 | 42,- | Ohne Steiger. | 9 |
| Rammer | 5,- | — | 10 | 33,- | — | 9 |
| Arbeiter | 4,50 | — | 10 | 27,- | — | 9 |

Parlanlagen.

| | | | | | | | |
|----------|---|------|----|------|-----|------|---|
| Gärtner | — | 4,25 | 10 | 25,- | 1,- | 30,- | 9 |
| Arbeiter | — | 4,- | 10 | 25,- | 1,- | 30,- | 9 |

Friedhof.

| | | | | | | | |
|----------|------|------|----|------|-----|------|---|
| Arbeiter | 3,50 | 3,75 | 10 | 25,- | 1,- | 30,- | 9 |
|----------|------|------|----|------|-----|------|---|

Abgesehen davon, daß die Stadt die Verpflichtung hat, in ihrem eigenen Interesse für eine auskömmliche Entlohnung der Arbeiter zu sorgen, steht fest, daß die Mehrzahl der städtischen Arbeiter in den gewerblichen Betrieben der Stadt beschäftigt sind, Betriebe, die im letzten Jahre wieder ganz bedeutende Merkmehrunge ergeben haben. So z. B. das Gaswerk bei einer Arbeiterzahl von 100 einen Merkmehrunge von 170.000 Mk. neben 15.000 Mk. Gewinn aus dem Wagnis und 25.000 Mk. Abschreibungen. Im Wasserwerk sind diese Zahlen 150.000 Mk., 25.000 Mk. und 25.000 Mk. Im Elektrizitätswerk 40.000 Mk., 10.000 Mk. und 25.000 Mk. Abschreibungen. Nebenher läuft noch eine ziemlich hohe Amortisation

der für die Werke aufgenommenen Anleihen. Der finanzielle Stand der Werke ist also ein vorzüglicher, daß die Frage: „Kann die Stadtverwaltung den Anträgen der Arbeiter Rechnung tragen?“ mit einem Ja beantwortet werden muß. Nach kurzer Diskussion gab die Versammlung durch einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution den Anträgen ihre Zustimmung.

„Die im Saale des „Kronprinzengartens“ am 16. September 1908 versammelten städtischen Arbeiter Lichtenbergs erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Stadtverordneten Spieder-mann über die Pflichten der Gemeinden gegenüber den städtischen Arbeitern einverstanden.“

Die Versammelten stellen fest, daß die Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter Lichtenbergs in ihren Hauptzügen unbefriedigende sind und bedauern die bisherige Inaktivität der Stadtverwaltung in diesen Dingen.

Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit den in den Betriebsversammlungen aufgestellten Anträgen der städtischen Arbeiter zum nächstjährigen Etat.

In der Erwägung, daß die in diesen Anträgen enthaltenen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden für Schichtarbeiter und auf 9 Stunden für alle übrigen Arbeiter und die Forderung von Wochenlöhnen von hygienischen und sozialen Gesichtspunkten aus voll berechtigt ist, erwarten die Arbeiter volle Würdigung ihrer Forderungen und Berücksichtigung der gestellten Anträge.

Die Versammelten beauftragen den Arbeiterschaubund und das Bureau der Versammlung, die Anträge in geeigneter Weise den Gemeindegremien zu übermitteln und alles Notwendige zur Durchführung der bestehenden Wünsche zu veranlassen.

Heberzeugt jedoch davon, daß das vornehmste und wirksamste Mittel zur Erlangung besserer Existenzbedingungen eine starke Organisation ist, verpflichteten sich die Anwesenden, mit aller Energie für die Stärkung ihrer Organisation einzutreten.“

Erwähnt sei noch, daß das Koalitionsrecht in den Betrieben der Stadt Lichtenberg noch nicht voll zur Anerkennung gelangt ist. Neben Maaßen aus dem Elektrizitätswerk nach dieser Richtung, ist es in der Maschinenanlage ein Herr Schmidt, der sich dazu berufen fühlt, die Arbeiter von der Wahrnehmung ihrer ihnen gesetzlich gewährtesten Rechte abzuhalten. Wünschenswert ist es, daß die Vertreter der Bevölkerung im Stadtparlament wenigstens energisch gegen derartige Heberbreitungen der Machtbefugnisse der Beamten vorgehen.

Notizen für Gasarbeiter.

Spandau. Die Kollegen von der städtischen Gasanstalt hielten am 5. September 1908 bei Feuerherdt eine jährliche Besondere Versammlung ab. In dieser nahmen die Kollegen von neuem Stellung zu den schon im Verlaufe gestellten Forderungen („Gewerkschaft“ Nr. 5 d. J.), die aber damals aus bestimmten Gründen bis zu diesem Jahre zurückgestellt wurden. Wichtig war man der Meinung, daß eine Aufbesserung der Löhne durchaus notwendig sei, zumal die Feuerung für alle Lebens- und Bedarfsmittel nicht nachlassen hat, sondern im stetigen Steigen begriffen ist. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit sowie ein Aufschlag für Sonn- und Feiertagsarbeiten sei durchaus am Platze. Werden doch diese Dinge den Arbeitern anderer Städte schon längst gewährt, und man hat noch nie etwas davon gehört, daß die Verwaltungen dadurch zugrunde gegangen sind. Auch für die Stadt Spandau dürfte es ein Leichtes sein, diesen Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Zustimmung faßten die Kollegen folgenden Beschlusse: Der Arbeiterschaubund ist zu beauftragen, für nachstehende Forderungen einzutreten: 1. Einführung von Wochenlöhnen für alle in der Gasanstalt beschäftigten Arbeiter; 2. Erhöhung des Lohnes: Anfangslohn für Feuerbauarbeiter 34 Mk., steigend jährlich um 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 39 Mk., Sofaarbeiter 27 Mk., steigend jährlich um 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 32 Mk. Diese Löhne sind gerechnet zu sechs Schichten resp. 54 Stunden für Sofaarbeiter. Die sechste Schicht sowie Sonntagsarbeit sind extra zu bezahlen. 3. Aufschlagszahlung für Sonn- und Feiertagsarbeiten mit 50 Proz. 4. Verkürzung der Arbeitszeit für Sofaarbeiter auf 9 Stunden pro Tag. Kollege Kentschke hielt zur Begründung vorstehender Forderungen das Referat und fand mit seinen Ausführungen allgemeine Zustimmung. Verschiedene Kollegen betonten, daß angesichts der Heberstände, welche die Gasanstalt alljährlich ergibt und davon die Arbeiter doch einen erheblichen Teil dazu beitragen, der Kapitalist und das Stadtverordnetenkollegium wohl sozialpolitischen Einsichten halber müßten, um diesen Forderungen ihre Zustimmung zu geben.

Aus den Stadtparlamenten.

Berlin. Wie wir hören, beabsichtigte sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter. Eine besondere Kommission dafür ist eingesetzt. Sobald diese ihre Vorarbeiten beendet hat, wird das Kollegium über weitere Schritte sich schlüssig machen. — Wir fürchten, daß die Kommission viel Zeit braucht!

Monitzan. Für die städtischen Arbeiter sollen Zulagen von 20 bis 10 Mk., je nach den Dienstjahren, in den neuen Etat als **Leuerungszulagen** eingestellt werden.

Landberg a. M. Die Stadtverordneten beschloßen einstimmig die Verlegung der nicht untergehaltberechtigten städtischen Angestellten und Arbeiter, sowie ihrer Hinterbliebenen.

Kordbäumen. Das Stadtverordnetenkollegium genehmigte eine **Abänderung der Ruhegeldbestimmungen für städtische Angestellte und Arbeiter.** Es sollen einige Datteln gemildert sein, das **Ruhegeld** beginnt mit 1/2 des Einkommens nach zehnjähriger Dienstzeit (bisher 1/3). Höchstjah bleibt 71. Vom 10. bis 30. Dienstjahre bleibt die bisherige Steigerung 1/20, dann aber nur 1/40. Angestellte, die erst nach dem 50. Lebensjahre in städtische Dienste treten, erhalten kein Ruhegeld. Die Abänderung soll rückwirkend ab dem 1. April 1907 haben und das Ruhegeld soll monatlich gezahlt werden. Erziehungsbeihilfen werden gewährt für eheliche und legitimierte Minder. Auf das Ruhegeld soll nicht wie bisher die **Zuvalidentante** angerechnet werden.

Aus unserer Bewegung.

Barmen. Nachdem erst Ende Juni der Vater A. Munn auf seine Art und Weise aus dem Betriebe der städtischen Straßenbahn hinausgedrängt ist, hat man jetzt einen Arbeiter der Straßenreinigung auf das Straßenpflaster befördert. Es ist eine allgemem bekannte Taktik der städtischen Beamten, die organisierten Arbeiter unter irgendeinem Vorwand aus der Arbeit zu entlassen. Der Straßenreinigungsarbeiter A. Weinreich erkrankte am 15. August und ließ sich von seiner Frau an der Arbeitsstelle krank melden. Am 19. August ging er wieder zur Arbeit, ohne einen Arzt gebraucht zu haben. Nachdem er bis Mittag gearbeitet hatte, wurde er nach dem Bureau gerufen und entlassen, weil er kein ärztliche Bescheinigung seiner Krankheit vorlegen konnte. Bei allen Arbeitern, besonders bei solchen, die sich gut „lieb sind“ nach oben hin machen können, wird nicht so streng auf das Vorliegen einer Bescheinigung gesehen. Weinreich ist Familienvater und im Gemeindefreierverband organisiert und hat sich in einer Besprechung etwas zu deutlich über die Verhältnisse im Straßenreinigungswesen geäußert. Seit dieser Zeit wurde er als Aufwiegler von seinen Vorgesetzten angesehen. Nach einem kleinen Wortwechsel mit dem Aufseher Wilms wurde er zur Strafe, weil man ihm weiter nichts anhaben konnte, nach Unterbarmen zum Aufseher Meißner verlegt. Dieser Herr sollte den Weinreich in die Kur nehmen, wie ausdrücklich gesagt wurde. Am ersten Tage der Beschäftigung in Unterbarmen wurde ihm vom Straßenreinigungsarbeiter Gallant im Waisen des Herrn Meißner bekanntgemacht, daß Herr Meißner das Recht habe, ihn (Weinreich) bei der geringsten Kleinigkeit, die wieder vorkomme, zu entlassen. Offenbar war die Entlassung schon länger geplant, man suchte eben nur nach einem triftigen Grunde, welcher auch gefunden wurde, als der Arbeiter kein ärztliches Zeugnis vorlegen konnte. Während der Beschäftigungsdauer in Unterbarmen mußte Weinreich alle Tage zu und von der Arbeit die Straßen- und Schwerelebru benutzen. Das Fahrgeld mußte er selber tragen, auch konnte er deshalb nicht zum Essen nach Hause gehen, sondern mußte sein Essen auf den ganzen Tag mit sich herumtragen. Bekanntlich werden den Straßenreinigungsarbeitern auch Stiefel geliefert. Weinreich hatte auch einmal das Glück, gelieferte Stiefel zu besitzen, als er dieselben aber zum Besohlen abgegeben hatte, bekam er sie trotz wiederholter Mahnung nicht wieder. Er hat Klage dieserhalb resp. auf Schadenersatz beim Gewerbegericht angebracht. Die Herren Aufseher haben allerdings den Arbeitern gegenüber schon betont, daß Weinreich nichts erlangen könne, weil er keinen gesetzlichen Anspruch auf gelieferte Stiefel habe. Die städtischen Arbeiter sehen hier wieder, was die ganzen „Wohlfahrtsvereinigungen“ für Zweck haben. Man will ja eben durch solche Einrückungen zu Schoten machen. Nicht müssen und immer rechten Stadtbürgerhaft haben, sonst geht man solcher Wohlfahrtsvereinigungen lustig. Ein Mann muß ist es wahrscheinlich nicht, einem Arbeiter etwas zu entziehen, worauf er keinen gesetzlichen Anspruch hat, noch viel weniger einen Familienvater zu jenseitig Zeit aus Brot und Arbeit zu bringen. Den städtischen Arbeitern aber later sein, organisiert. End bis auf den letzten Mann, dann wird man auch eure Rechte mehr beachtet. Je nach die Arbeit der Organisiert n, je eher kann der Arbeitgeberwillig Einhalt geboten werden.

Wien. Eine mit beachtliche öffentlich Versammlung für alle städtischen Arbeiter tagte Sonntag, den 13. September, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, wobei: Karole Kaufmann a. M. referierte über: „Die Arbeiterauschüsse und deren Bedeutung für

die Arbeiter“. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Alsdann wurde die Aufstellung des Kandidaten zur Arbeiterauschusswahl vorgenommen. Die von den organisierten Kollegen aufgestellte Liste wurde einstimmig gutgeheißen. — Im Schlußwort legte Stoll. Karole klar, wie nötig es ist, daß die städtischen Arbeiter einer starken Organisation bedürfen, um ihren Wünschen und Beschwerden im Arbeiterauschuss, den richtigen Nachdruck zu geben. Er forderte die noch absetzenden Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, denn der Arbeiterauschuss wird nur dann die Interessen der Kollegen richtig vertreten können, wenn eine starke Organisation dahinter steht.

Leipzig. Die Straßenreiniger hielten am 6. September im Volkshaus eine Versammlung ab. Der Vortrag des Stoll. Schuchardt über: „Die Strafen und deren Folgen für den Arbeiter“ fand beifällige Aufnahme. Zum zweiten Punkt: „Die Vorkämpfer des Rates und unsere Stellung dazu“ verurteilte die Versammlung das Verhalten des Rates wegen der von ihm geübten Sparpolitik an den Arbeiterlöhnen, da bei dem gegenwärtig auftretenden Dienst sowie auch der leueren Lebensverhältnisse halber der Lohn ganz ungenügend sei. Das Fehlende müsse durch Nebenarbeit und Frauenberdienst ersetzt werden. Am meisten müssen die Kollegen mit starker Familie darunter leiden. Weiter wurde die Strafpraxis einiger schändlicher Aufseher einer herben Kritik unterzogen, da man sich des Gefühls nicht erwehren konnte, daß vielfach die Strafen in schändlicher wie auch willkürlicher Weise ausgeworfen seien, um Arbeiter, die ihre Rechte vertreten, dadurch gefügiger und willfähriger zu machen. Auch mit den Ersatzleistungen für Beschädigte oder verloren gegangene Dienstgegenstände, eventuell Kleidungsstücke, gebe man geradezu riguros vor. So wurden für einen Sandack 320 Mk. und für die Reparatur einer Sandwalze 3 Mk. den beteiligten Arbeitern von ihrem geringen Lohne abgezogen, in einem Falle sogar ohne jegliches Verhör. Von der Mehrzahl der Redner wird die rechtliche Zulässigkeit solcher Abzüge hart angezweifelt. Ganze Stöße von Strafsätzen sind in einigen Bezirken am Lohnstage vor den Augen der Arbeiter aufgesetzt. Für Zusatzen kommt es mit 50 Pf. noch glimpflich ab. Dies Verfahren soll auf besondere Anweisung des jungen Herrn Assistenten Schöne zurückzuführen sein. Der Ausschuß wurde deshalb in einer diesbezüglichen Resolution beauftragt, um Erhebung des Lohnes auf der Grundlage der jetzigen Forderung vorstellig zu werden, eventuell soll er sich in dem Kapitel Strafen von der Verwaltung Aufklärung geben lassen und über das Resultat in späterer Versammlung berichten.

Wainz. In der am 12. d. M. stattgehabten gemeinschaftlichen Versammlung der Gesamtarbeitersauschüsse wurde das Beschleppungssystem unserer oberen Verwaltung bei Eingaben städtischer Arbeiter aller Art sehr bedauert und beschloßen, folgende Eingabe „zur Erinnerung“ an unsere vor Jahresfrist gemachte Eingabe bei der Bürgermeisterei einzuschicken: „Die Unterzeichneten erlauben sich hiermit, verachtliche Bürgermeisterei und Stadtverordnetenkollegium nochmals auf ihre voriges Jahr im August gemachte Eingabe betreffend anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in sämtlichen Betrieben sowie Verablung der Differenz zwischen Lohn und Mantelgeld und tarifliche Festlegung der Löhne mit jährlich steigender Skala. Die Unterzeichneten, gedrängt von den städtischen Arbeitern, glauben auch dazu verpflichtet zu sein, verachtliche Bürgermeisterei nochmals darauf hinzuweisen, daß die Lebensmittelpreise fortwährend im Steigen begriffen sind und die Löhne der städtischen Arbeiter, mit wenigen Ausnahmen, weit hinter den in der Privatindustrie gezahlten zurückstehen. Wir haben die Arbeiter verdrößt, warten zu wollen, bis die Gehälter der Beamten geregelt wären. Dieses ist bereits schon lange geschehen, und man sieht und hört nichts von unserer Eingabe. In der Hoffnung, daß auf unsere nochmalige Erinnerung auf die mitleidige Lage unserer städtischen Arbeiter verachtliche Bürgermeisterei und Stadtverordnetenversammlung baldigt uns geeigneten Bescheid zugehen läßt und uns zur Verantwortung hält, zeichnet mit aller Hochachtung die Generalarbeitersauschüsse.“ Kollegen! Ihrieht, wie dringend es ist, daß die städtischen Arbeiter sich eben jetzt zur Organisation zusammenschließen wie die Arbeiter der Privatindustrie, dann wird es auch bei den städtischen Arbeitern bald anders werden.

München. Am Sonntag, den 13. September, sprach im Saale des „München“ Kollege Kaufmann Berlin über: „Die Soziale Gesetzgebung des Deutschen Reiches“. Redner äußerte ausdrücklich den Wunsch und den Ausbau der Arbeiteridungsbücherei, Kranken- und Unfallversicherungsanstalt. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgte im 2. Punkt der Vortrag über: „Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Arbeitsordnung und der Sozialversicherung reformierte Gesetzgebung“. Redner erinnerte zunächst an die Einbringung der Feindskind und stellte fest, daß man auf gegenseitiger Seite nicht gewillt war, gemeinsam vorzugehen. Die Arbeit wurde dem Gemeindefreierverband allein überlassen, die er auch bis jetzt mit höchstem Eifer, ausübte. Zur der „Wohlfahrt“ und das „Wohlfahrt“ dominiert gegen die „absetzenden Anzeigen“ des „Für München“ (Zentrum) hatten sich das Meiste der beiden Mütter ansehnend

zu eigen gemacht, da sie den Antrag **K a i t h** auf eine tägliche Zulage von 40 Pf. ab Neujahr niederkimmten. Der Referent legte dies deshalb fest, da die vier Ultramontanen bei der Abstimmung den Ausschlag gegeben hätten. Nun müsse jetzt der Stadtverwaltung gezeigt werden, daß der Verband und die städtischen Arbeiter die Forderungen nicht vergessen haben, sondern nach wie vor daran festhalten. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Redner der Gruppe der **V a t e r n e n w ä r t e r**. Diese Kollegen wurden bei der Lohnzulage im **K a i d. J.** überhaupt nicht bedacht, da dieser Dienst von der Stadtverwaltung immer noch mehr als Nebenarbeit betrachtet wird. Dies trifft jedoch seit Jahren durchaus nicht mehr zu und ist längst ein Hauptberuf geworden. Schon der fortwährend aufreibende Nachtdienst allein dürfte eine Aufbesserung rechtfertigen, von der allgemeinen Teuerung noch gar nicht gesprochen. Es wäre also Pflicht der Stadtverwaltung, bei Beratung der **D e n k s c h r i f t** diese Gruppe zu berücksichtigen und ebenfalls in die Arbeitsordnung und Lohnstafel aufzunehmen. Ferner führte der Referent einen Vergleich in der Entlohnung zwischen städtischen und privaten Arbeitern an, wobei er ziffermäßig nachwies, daß in der Privatindustrie bis zu 1 **M.** höhere Löhne als in den städtischen Betrieben (Straßenbahn usw.) bezahlt werden. Redner forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, sich zur Gemeindevahl das Bürgerrecht zu sichern und bei den Wahlen ihre Pflicht zu erfüllen, damit immer mehr und mehr arbeiterfreundliche Vertreter in das Rathaus einzziehen, die den Wünschen der städtischen Arbeiter Rechnung tragen. Aber auch die städtischen Arbeiter sollen bis auf den letzten Mann der Organisation beitreten, um so eher werden dann ihre Wünsche und Forderungen durchgeführt. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, worauf nachfolgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die sehr zahlreich besuchte Versammlung städtischer Arbeiter stellt an die städtischen Kollegen das dringende Ersuchen, es wolle nun tatkräftig an die Revision der Arbeitsordnung nebst Lohnstafel herantreten werden, damit die neuen Bestimmungen im Sinne der Beschlüsse der städtischen Kollegen vom 6. und 14. **K a i 1908** zu Neujahr in Kraft treten können. Gleichzeitig ersuchen die Versammelten, es wolle die neuen Bestimmungen vor der endgültigen Beschlussfassung zwecks Begutachtung und Aufklärung auch den Arbeiterausschüssen zugewendet werden. Nach wie vor bestehen die Versammelten auf dem Inhalt der den städtischen Kollegen zugewendeten Denkschrift und insbesondere auf der in Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse unumgänglich notwendigen Lohnerhöhung von 40 Pf. pro Tag. Außerdem wünschen die Versammelten noch die Schaffung eines sich aus den Arbeiterausschüssen zusammensetzenden Generalarbeiterausschusses, an dessen Sitzungen stets eine Vertretung des Magistrats teilnehmen soll, sowie die weitere Festlegung des Arbeiterausschusses des Stadtbauamtes in Abt. 10. Auf der Handlung der städtischen Kollegen zu richten sind. Die städtischen Arbeiter haben sich in Rücksicht auf die Finanzverhältnisse für das Etatsjahr 1908 mit dem Provisorium vom 6. und 14. **K a i** einstimmig zufrieden gegeben, glauben aber deshalb um so mehr beanspruchen zu können, daß für 1909 die nötigen Mittel im Haushaltsplan eingelegt werden, um die in bereits erwähnter Denkschrift enthaltenen Forderungen der städtischen Arbeiter zu bewilligen. Die Versammelten ersuchen, es wolle in Anbetracht der voraussichtlich im Winter zuzunehmenden Arbeitslosigkeit rechtzeitige Vorsorge für Beschaffung von Winterarbeit getroffen, sowie auch die weitere Entlassung von städtischen Arbeitern hinausgeschoben werden. Betragen von der Überzeugung, daß nur eine einheitliche und starke Organisation die Interessen der städtischen Arbeiter zu fördern imstande ist, werden alle städtischen Arbeiter aufgefordert, sich zu einer einheitlichen Organisation innerhalb des Gemeindevorkarbeiterverbandes zusammenzuschließen, um so mit vereinten Kräften unserm Ziele näher zu kommen.“

Nürnberg. Am 11. September hielt die hiesige Filiale eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter ab. Referent war unser Hauptkammerer Kollege **W. K h m a n n** Berlin mit einem Vortrage über: „Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung“. Redner entledigte sich in 1 1/2 Stunden Vortrage geschickt seiner Aufgabe. Es wurde ihm reichlicher Beifall zuteil. Unter Gewerkschaftlichem beipflichtete **H o l d u. a.** das Verhalten der **H i r s c h - D i n d e r s c h e n** Gewerkschaften und der Vollstänke vor dem Vorkampfe der Inflationisten und Hochleger in Berlin und meinte, daß man diese beiden Richtungen mit den „Welken“ in einem Topf werfen konnte. Weiter wurde angemerkt, daß neuer die **V a t e r n e n a n z u n d e r** und **W ä r t e r** dadurch geschädigt werden sollen, daß ihnen der Winterlohn vom 1. September ab nicht ausbezahlt wurde. Dann wurde das Verhalten des neugeborenen Oberleiters **S a r i l l** kritisiert. Dieser **S a n g r a t** schwante sich nicht, in Gegenwart vieler heimkehrender Parteimitglieder einem Arbeiter Ehrfurcht anzubringen. Es wurden zwei Anträge gestellt und nach kurzer Debatte einstimmig angenommen:

1. Das leitende Bureau hat in einer Eingabe den Magistrat zu ersuchen, die Lohnklasse I aus der Lohnstafel zu streichen und

die Lohnsteigerung analog der Eingabe vom September v. J. alle Jahre erfolgen zu lassen und nicht, wie zurzeit, alle drei Jahre. Die Streichung der 1. Lohnklasse macht sich notwendig, weil ab 1. Januar 1909 der ortsübliche Tagelohn für Nürnberg 3,40 **M.** beträgt, der Anfangslohn der Klasse I beträgt jedoch nur 3,20 **M.** Die Steigerung des Lohnes nach je einem Jahre macht sich notwendig, da jedes Jahr eine weitere Verteuerung der Lebensmittel zu verzeichnen ist. Die Frist von 3 zu 3 Jahren ist entschieden zu lang bei den jetzigen Zeiten.“

11. „Das Bureau wird ersucht, dem Magistrat folgendes zu unterbreiten: Mit Rücksicht auf die im kommenden Winter auf jeden Fall vergrößerte Arbeitslosigkeit gegenüber den Vorjahren, möge der Magistrat Anstalten treffen, daß die im **P a u a m t** beschäftigten Arbeiter während des Winters die Arbeit nicht eingustellen brauchen. Soweit eine Arbeitseinstellung in dem einen oder anderen Betriebe nicht zu umgehen sein sollte, sind die davon Betroffenen in anderen städtischen Betrieben unterzubringen und so lange zu beschäftigen, bis in dem von der Arbeitseinstellung betroffenen Betriebe die Weiterbeschäftigung gegeben ist.“

Weiter wurde das Verhalten des Arbeiterausschusses des **G a s w e r k s**, der noch unter **H a f f e l s** Fahne segelt, scharf kritisiert. Der Magistrat hat anständigerweise nichts von Strafen und Strafgeldern in die neue Arbeitsordnung aufgenommen, jetzt kommt nun der Ausschuss und verlangt Bestimmungen über die Verwendung von Strafgeldern, und das nennt man positive Arbeit! Die Arbeiter des Gaswerks zeigten aber dem Magistrat durch eine mit 110 Unterschriften versehene Antwort, daß sie mit der Antwort des Ausschusses nicht zufrieden sind. — Weiterleitete der zwischen zwei Mitgliedern von **H a f f e l s** Verein liegende Schriftführer des **H i r s c h - D i n d e r s c h e n** Ortsvereins. Bei Rennung der sich abwärts bewegenden Mitgliederzahlen der **H i r s c h** schrieb er eifrig, es schien ihm etwas ganz neues zu sein. — Die Versammlung wurde auf den jetzt stattfindenden Parteitag aufmerksam gemacht, ferner wurden die Anwesenden ersucht, sich das Bürgerrecht zu erwerben, die Parteipresse zu lesen, Mitglieder des **M e n s c h e n v e r e i n s** zu werden und samt und sonders dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten, soweit das jetzt noch nicht der Fall ist. Einige Aufnahmen waren zu verzeichnen. Um 11 Uhr erfolgte der Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Spanau. (Kommunale Arbeiterpolitik?) Schon seit längerer Zeit sind die **S t r a ß e n r e i n i g e r** mit der jetzigen Lohnzahlung unzufrieden. Verschiedene Eingaben haben sie dieshalb an den Magistrat gerichtet und ihn ersucht, hier eine Regelung vorzunehmen. Er konnte sich jedoch bislang dazu noch nicht entscheiden. Neuerdings freilich, nachdem der Arbeiterausschuss gerichtet ist und die Arbeiter von neuem dazu Stellung nahmen, machte er der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage. Nun haben die **S t r a ß e n r e i n i g e r** in ihrer Sache nicht gerade sehr klug gehandelt, wie wir noch zeigen werden, trotzdem sollte man es nicht für möglich halten, daß sich selbst die Stadtverwaltung von einem so wenig hohen Gesichtspunkt leiten ließe. (Scheu wir kurz auf die Sache, um die es sich hier handelt ein: **O e n a m a n n e** Arbeiter erhielten bisher einen Monatslohn von 105 bis 115 **M.** Die übrigen ungelerten Arbeiter erhalten Stundenlohn in Höhe von 40 Pf. Da nun die **S t r a ß e n r e i n i g u n g s a r b e i t e r** Heberstunden und Feiertagsarbeiten nicht bezahlt erhalten und ihr Einkommen dadurch ein geringeres ist als wie das der Stundenlöhner, so beantragten sie beim Magistrat Abschaffung des Monatslohnes und dafür Einführung des Stundenlohnes von 40 Pf. Außerdem verlangten sie den erlittenen Lohnerlust von der Zeit der Einführung des Monatslohnes zurückzuerhalten. Statt daß die Kollegen also einen erhöhten Monatslohn oder einen auskömmlichen Wochenlohn mit Vergütung und Aufschlag der Heberstunden forderten, verlangten sie das hier wohl für alle Arbeiter Unverständliche. Am Donnerstag, den 3. d. M., befaßten sich die Herren Stadtverordneten mit dieser Angelegenheit und beschlossen, für die beschiedenen Wünsche der fraglichen Arbeiter einzutreten! Ist das für diese Arbeiter nicht geradezu eine Verschlechterung ihrer an und für sich schon recht traurigen Lage? Es heißt aber ein Sprichwort: „Wer nicht hören will, muß fühlen!“ Es wird sich dies auch noch bitter an ihnen rächen.

Wir wollen hoffen, daß Magistrat und Stadtverordnete für die gestellten Forderungen der **G a s a n t e i l s a r b e i t e r** ebenfalls ein so großes und geschlossenes Entgegenkommen zeigen wie bei denen in der **S t r a ß e n r e i n i g u n g**. Herr Stadtv. **F r i e d** beantragte zwar, die Lohnberechnungen allgemein nicht nach Stunden, sondern nach Wochen vorzunehmen und vor allen Dingen die neunhündigste Arbeitszeit in städtischen Betrieben anzuführen. Diesen vernünftigen Antrag lehnte aber die Stadtverordnetenversammlung ab. Erwähnenswert sind die Ausführungen des Herrn Stadtv. **S i e f e r t** Grundbesitzer. Er meinte nämlich, durch die Entziehung von Kammerlöchern würden Arbeitskräfte erspart, die Handhabung sei sehr einfach, und es würde dadurch die Gefahr beseitigt, wenn die **G a s a n t e i l e r** einmal nicht eine höhere Lohnforderung erhielten und die Arbeit einstellen, daß die Stadt im Dunkeln bleibt. Auch ein Arbeiterfreund! Trotzdem die Stadtverordnetenversammlung einen gerade nicht lobenswerten Stand-

punkt bezüglich der Bedürfnisse der Arbeiter einnahm, muß doch konstatiert werden, daß sie auf Antrag des sozialdemokratischen Stadtv. Schmidt I beschloß, den Arbeitern der Gasanstalt Stäffle in unbegrenztem Maße zu verabfolgen. Zur Anschaffung eines Maffeeochapparates bewilligte die Versammlung die Summe von 255 Ml.

Rundschau.

Vom guten Ton in den städtischen Betrieben. Nachdem der Straßenbahnbetrieb von der Gemeinde München in eigene Regie übernommen wurde, konnte man annehmen, daß sich auch die Verhältnisse der Bediensteten und Arbeiter besser gestalten würden. Aber das gerade Gegenteil traf ein. Nicht nur daß auch die beim Straßenbau beschäftigten Arbeiter jetzt weniger verdienen als früher, sondern es fehlt nicht an Antreiberien. Namentlich beim derzeitigen Neubau der Streck. nach Pasing wird das mögliche in Arbeiterverärgerung geleistet. Da gibt es: „faule Stunde, hässige Stunde, Anwurf der Menschheit, Gefindel“. Oder der betreffende Polier meint, er „hole sich Ebsen aus Laim heraus, mit denen würde er sich leichter tun“, „wenn ich ein Meißer hätt, würd' ich Euch erstechen“; „das Dirn reich ich Euch raus und stoß' Euch Stroh hinein“; „in der Stadt hab ich Euch ja nicht haben können, aber da heraußen, da kam ich Euch an“ usw. — Daß unter solchen Umständen die Arbeitsfreudigen besonders groß ist, erscheint begreiflich. Ein Arbeiter, der mal eine Silbe zuviel sagt, steigt aufs Pflaster, und mag er noch solange beim Magistrat gearbeitet haben. Aber bei häßlichen Aufsichtsorganen, da macht das nichts. Wenn es sich aber um Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, um Verhütung von Ueberjoppen zum Transport der mit Crocol getraukten Schwelken oder um Schierseife und Waschgelegenheit handelt, damit die Leute wenigstens ihr Mittagessen mit Appetit zu sich nehmen können, da bringt keiner von diesen gebildeten Menschen den Mund auf. Offenlich sieht auch der Magistrat selbst mal nach dem Rechten, denn bei der Straßenbahndirektion verlagte man doch nur den Teufel bei seiner Großmutter.

Die bürgerliche Presse bei Arbeiterstreiks. Das „Berl. Tagblt.“, das immerhin noch zu den anständigen bürgerlichen Blättern gehört, hatte aus Anlaß des Wienerstreiks in Stettin in fulminanten Artikeln auf die horrenden Löhne dieser Arbeiterkategorie hingewiesen. Danach sollten die streikenden Arbeiter 19 bis 62 Ml. pro Woche verdienen haben. Nach einigen Tagen brachte das gleiche Blatt in einem verheißten Hefteil die folgende „harmlose“ Notiz: „In unserem Bericht über die Generalausperrung auf den deutschen Werften in der Ausgabe vom Sonntag morgen hat sich infolge Hörfehlers bei der telephonischen Berichterstattung eine unzutreffende Angabe über die Löhne der Arbeiter des „Bulkan“ eingeschlichen. Aus den Darlegungen der „Bulkan“ Direktion ergab sich, daß die Verdienste der Arbeiter in der Lohnungsperiode vom 27. Juni bis 12. Juli durchschnittlich 49,82 Pfennig pro Stunde betragen und nicht 19 bis 62 Mark pro Woche, wie es irrtümlich heißt.“ Man sieht aus diesem Hörfehler jedenfalls, mit welcher „Sachkunde“ diese Herren von Arbeiterlöhnen berichten. Das sollte allen Kollegen die Augen öffnen!

Ein Konservativer über die indirekten Steuern. Herr Professor Adolf Wagner ist dafür bekannt, daß er von Zeit zu Zeit „außer der Reihe tanzt“ und sich bemüht, ein selbständiges Urteil zu wahren über volkswirtschaftliche Vorgänge usw. Seinen Ausdruck über das sozialpolitisch rückständige Berlin können noch heute die Herren Kreispolitiker nicht verschmerzen. Jetzt berichtet er über die Reichsfinanznot u. a. das folgende: Gerade neben indirekten Verbrauchssteuern und Zöllen auf Massenkonsumartikeln, die die unteren Massen relativ schwerer als die oberen belasten, vollends neben Zöllen wie die murrigen, sind aber um so mehr zur Ausgleichung andere Steuern geboten, die allein oder überwiegend die mittleren und besonders oberen Massen treffen.“ Teilweise gehörten dazu allerdings die Weingölle und die Schaumweinsteuern sowie manche Zölle auf Luxusartikeln. Jedoch erfüllten auch diese Steuern und Zölle ihren Zweck, die mittleren und vollends die oberen Massen entsprechend zu belasten, deshalb nicht, weil „Qualität und Wert bei vielen der hierbei gebrauchten Artikel in Steuer und Zoll nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt wird und werden kann. Bei Objekten, wie Maffee, Tee, Tabak, Wein, fällt diese relativ viel geringere Belastung der besseren Sorten und Qualitäten, die die oberen Massen konsumieren, gegenüber der viel höheren Belastung für den Konsum der unteren Massen schwer ins Gewicht. Das wirkt wie ein hartes Steuerprivileg für die oberen, zum Teil auch für die mittleren Massen. Alles das kommt noch härter in Betracht bei den Agrar zöllen, namentlich den Getreide-, Schmalz- und sonstigen Zöllen, Fleischzöllen usw. Diese Zölle waren nach Wagner's Ansicht agrarpolitisch notwendig und segensreich. Nur aber mußten wir

auch in unserer Finanzpolitik berücksichtigen, welche Wirkungen eine agrarische Zollpolitik für die Verteilung der Belastungen durch Agrarzölle und welche Rückwirkungen diese Zölle auf die Preise der Agrarprodukte im Inlande notwendig mit sich führen. Teils preis-erhöhende, teils sonst ein mögliches Sinken der Preise hemmende Wirkungen. Bei der härteren Bedeutung des Volksumsatzes für die unteren Massen, auch neben Salzsteuern, ein vollends zu beachtender Punkt.“ Wagner behauptet, daß gewisse Verbrauchssteuern zwar die oberen Massen mehr träfen, aber doch verhältnismäßig nicht in dem Maße, wie die unteren Massen durch die Schutzzölle und die Verbrauchssteuern belastet würden. Deshalb bliebe die Beschränkung der Verbrauchssteuern auf Zölle, indirekte innere Verbrauchssteuern und einige Verbrauchssteuern (Stempel-, Vorzinssteuer) etwas finanzpolitisch und sozialpolitisch Bedenkliches. Damit erhebt Professor Wagner die Forderung der Einführung von direkten Verbrauchssteuern. — Nun, die herrschenden Massen werden schon dafür sorgen, daß andere ihre Lasten tragen — bis die breiten Massen eines Tages nicht mehr mitrunt!

Die beste Beleuchtung für Arbeitsräume. Die „Technische Beleuchtungs-Korrespondenz“ schreibt: Bei Inspektionen großer Werkstätten und Betriebe ist von berufener Seite oft festgestellt worden, daß die durch Gas erleuchteten Räume gegenüber den elektrisch erleuchteten Räumen gewisse nicht zu unterschätzende Vorzüge haben. Dies gilt besonders in den kälteren Monaten des Jahres, namentlich von solchen Räumen, in denen sich eine große Anzahl von Menschen aufhält. Durch Gas erleuchtete Räume sind durchgängig gleichmäßig erwärmt, und man bemerkt in ihnen weniger den unangenehmen Geruch. Das ist ohne Frage auf die bessere Mischung der Luft in den durch Gas erleuchteten Räumen zurückzuführen, welche den Atem und die Ausdünstungen schneller durch die laufende Röhre, Spalten und Poren der Wände entweichen lassen, wenn die Fenster geschlossen und die Ventilatoren abgestellt sind, wie es an kalten Wintertagen der Fall ist und an und für sich mehr künstliches Licht gebraucht wird.

Offiziere als Straßenlehrer. Wie der Tagespresse aus Schweden berichtet wird, konnte man einige Tage in der Stadt Ralmö allmorgendlich junge Offiziere auf allen Straßen an der Arbeit sehen, und zwar mit dem Feser in der Hand. In Ralmö streiften bekanntlich unsere Kollegen, die Gemeindegewerkschaft zu 90 Proz. organisiert ist. So halfen denn die Offiziere aus. Das vertritt sich auf einmal mit der so viel gerühmten „Offizierschere“

Eingegangene Schriften und Bücher.

Sozialkonjunktur und Wirtschaftskrisis. Von Max Schippel. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 64. Durch die augenblicklich in der gesamten Industrie herrschende Krisis wird diese Schrift besonderes Interesse erregen. Der Inhalt setzt sich aus folgenden Kapiteln zusammen: 1. Der Zusammenbruch in Amerika. 2. Deutschland bis zur amerikanischen Krisis. 3. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt. 1. Schlussbemerkungen. Preis 1 Ml. Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

„In freien Stunden“. Von der unter diesem Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinenden Wochenzeitung und uns die Seite 34 und 35 zugegangen. Für 10 Pf. pro Woche ist diese Romanbibliothek durch alle Parteibuchhandlungen und Volportreue zu beziehen.

Briefkasten.

M. Halle. Bericht vom 22. August ist laut Posteingangsbuch nicht eingelaufen. Der jetzt eingelangte B. ist zurückgestellt und wird bei Besprechung der Agitationstour mit verwertet. B. Gr.!

Totenliste des Verbandes.

| | |
|---|--|
| August Koch, Hannover 7. September 1908 im Alter von 41 Jahren. | Josef Kopsch, Elberfeld 13. September 1908 im Alter von 45 Jahren. |
| Philipp Erni, Heidelberg 13. September 1908 im Alter von 52 Jahren. | Karl Seuffleben, Berlin 17. September 1908 im Alter von 72 Jahren. |

Ehre ihren Andenken!